

## Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 15. Oktober 1986  
am Donnerstag, dem 16. Oktober 1986

### Verzeichnis der Fragesteller

| <i>Abgeordneter</i>                     | <i>Nummer<br/>der Frage</i> | <i>Abgeordneter</i>                   | <i>Nummer<br/>der Frage</i> |
|---|-----------------------------|---------------------------------------|-----------------------------|
| Böhm (Melsungen) (CDU/CSU) . . . . .    | 19                          | Dr. Klejdzinski (SPD) . . . . .       | 33, 34                      |
| Collet (SPD) . . . . .                  | 14, 15                      | Dr. Kübler (SPD) . . . . .            | 38, 39                      |
| Frau Dr. Däubler-Gmelin (SPD) . . . . . | 26, 27                      | Lange (DIE GRÜNEN) . . . . .          | 60, 61                      |
| Eigen (CDU/CSU) . . . . .               | 44, 45                      | Lowack (CDU/CSU) . . . . .            | 5, 22                       |
| Dr. Enders (SPD) . . . . .              | 51                          | Mann (DIE GRÜNEN) . . . . .           | 6, 20                       |
| Dr. Friedmann (CDU/CSU) . . . . .       | 11                          | Michels (CDU/CSU) . . . . .           | 21, 46                      |
| Gansel (SPD) . . . . .                  | 37, 59                      | Reimann (SPD) . . . . .               | 47, 48                      |
| Frau Dr. Hamm-Brücher (FDP) . . . . .   | 7, 8                        | Rusche (DIE GRÜNEN) . . . . .         | 28, 29                      |
| von Hammerstein (CDU/CSU) . . . . .     | 40, 41                      | Dr. Schierholz (DIE GRÜNEN) . . . . . | 62, 63                      |
| Hiller (Lübeck) (SPD) . . . . .         | 16, 17                      | Dr. Schöfberger (SPD) . . . . .       | 35, 36                      |
| Hinsken (CDU/CSU) . . . . .             | 4, 54                       | Schreiner (SPD) . . . . .             | 55, 56                      |
| Huonker (SPD) . . . . .                 | 52, 53                      | Senfft (DIE GRÜNEN) . . . . .         | 9, 10                       |
| Dr. Hupka (CDU/CSU) . . . . .           | 24, 25                      | Dr. Solms (FDP) . . . . .             | 2, 3                        |
| Immer (Altenkirchen) (SPD) . . . . .    | 42, 43                      | Stahl (Kempfen) (SPD) . . . . .       | 12, 13                      |
| Jäger (Wangen) (CDU/CSU) . . . . .      | 23, 32                      | Stiegler (SPD) . . . . .              | 1, 18                       |
| Kastning (SPD) . . . . .                | 57, 58                      | Ströbele (DIE GRÜNEN) . . . . .       | 30, 31                      |
| Kirschner (SPD) . . . . .               | 49, 50                      |                                       |                             |

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

|   | Seite |
|---|-------|
| Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde-<br>wesen . . . . .            | 3     |
| Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .                            | 3     |
| Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .                              | 3     |
| Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern . . . . .                                       | 3     |
| Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie,<br>Frauen und Gesundheit. . . . .     | 4     |
| Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr . . . . .                                      | 4     |
| Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,<br>Naturschutz und Reaktorsicherheit . . . . . | 5     |
| Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen . . . . .                                  | 6     |
| Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz . . . . .                                       | 7     |
| Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen . . . . .                                     | 8     |
| Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft . . . . .                                   | 8     |
| Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft<br>und Forsten . . . . .     | 9     |
| Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .                             | 10    |
| Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung . . . . .                                 | 11    |

**Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen**

1. Abgeordneter **Stiegler** (SPD) Welche Zeitpläne verfolgt die Bundesregierung bei der Digitalisierung des Fernsprechnetzes in Ostbayern, und welche ostbayerischen Ortsnetze sind in den nächsten Jahren zur Digitalisierung vorgesehen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie**

2. Abgeordneter **Dr. Solms** (FDP) Hat die Bundesregierung Informationen darüber, wie sich die Mittel der ersten Phase des EG-Esprit-Programms jeweils auf große, mittlere und kleine Unternehmen verteilt haben, und wie hoch jeweils der Eigenanteil war, den die Unternehmen aufgebracht haben?
3. Abgeordneter **Dr. Solms** (FDP) Hält die Bundesregierung die Programmstruktur von Esprit für angemessen, nachdem die Mittel im wesentlichen in Großunternehmen fließen, und wie hoch schätzt die Bundesregierung die Mitnahmeeffekte ein angesichts der Tatsache, daß die großen Unternehmen die Projekte ohne weiteres vollständig aus Eigenmitteln finanzieren könnten?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes**

4. Abgeordneter **Hinsken** (CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung und gegebenenfalls in welcher Form, die sogenannten sechs Wahlprüfsteine des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu prüfen und zu beantworten?

**Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern**

5. Abgeordneter **Lowack** (CDU/CSU) Wie bewertet die Bundesregierung die Feststellung des ehemaligen Fraktionsgeschäftsführers der GRÜNEN im Deutschen Bundestag, Martin Schata, wonach die Partei DIE GRÜNEN „das ganze Geld, was aus dem Europa-Wahlkampf 1984 übriggeblieben war“, nach Nicaragua und El Salvador transferiert habe?
6. Abgeordneter **Mann** (DIE GRÜNEN) Wann und mit welchen Ergebnissen hat die Projektgruppe für ein allgemeines Informationszugangrecht beim Bundesministerium des Innern ihre Arbeit abgeschlossen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,  
Familie, Frauen und Gesundheit**

7. Abgeordnete  
**Frau  
Dr. Hamm-Brücher**  
(FDP)                      Worauf ist nach Ansicht der Bundesregierung die leicht steigende Geburtenrate in der Bundesrepublik Deutschland zurückzuführen?
8. Abgeordnete  
**Frau  
Dr. Hamm-Brücher**  
(FDP)                      Welche nachweisbaren Zusammenhänge gibt es nach Ansicht der Bundesregierung zwischen den steigenden Geburtenraten und der Familienpolitik der Regierung?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr**

9. Abgeordneter  
**Senfft**  
(DIE GRÜNEN)                      Ist der Bundesregierung der Beschluß von Nationalrat und Ständerat der Schweiz bekannt, als Maßnahme gegen das Waldsterben Tarifsenkungen bei der Schweizerischen Bundesbahn zu finanzieren, um einen erhöhten Anreiz zum Umsteigen vom Auto auf die umweltfreundliche Bahn zu schaffen, und wenn ja, ist die Bundesregierung bereit, ähnlich hohe Tarifsenkungen bei der Deutschen Bundesbahn als Notmaßnahme gegen das Waldsterben zu finanzieren?
10. Abgeordneter  
**Senfft**  
(DIE GRÜNEN)                      Hält die Bundesregierung den von der Deutschen Bundesbahn erwarteten Rückgang der Reisendenkilometer um 3,3 v. H. nach Einführung der sogenannten Tarifreform, insbesondere im Hinblick auf das weiter fortschreitende Waldsterben, für vertretbar?
11. Abgeordneter  
**Dr. Friedmann**  
(CDU/CSU)                      Verbleibt es hinsichtlich der geplanten DB-Schnellbahntrasse bei der am 2. Juli 1986 mit allen Beteiligten besprochenen Regelung, nämlich der Bündelung mit der B 36 (neu) im Raum Durmersheim/Bietigheim/Ötigheim sowie bei der Untertunnelung Rastatt, und warum antwortet der DB-Vorstand nicht auf diesbezügliche schriftliche und fernschriftliche Anfragen?
12. Abgeordneter  
**Stahl**  
**(Kempen)**  
(SPD)                      Was ist unter den in der sparsamen Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Verkehr, Dr. Schulte, vom 8. Oktober 1986 auf meine schriftliche Frage vom 3. Oktober 1986 genannten Varianten einer Anbindung der A 61 an das niederländische Autobahnnetz, auch unter zeitlichen Gesichtspunkten, konkret zu verstehen, und welche der aufgeführten Varianten favorisiert die Bundesregierung?

13. Abgeordneter  
**Stahl**  
**(Kempen)**  
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß solcherlei dürftige Antworten auf parlamentarische Anfragen für Abgeordnete, die dem Bürger den Sachverhalt darlegen müssen, ausreichend informativ sind, und entspricht die oben genannte Antwort nach Meinung der Bundesregierung in Diktion und Grammatik den Grundsätzen der Spielregeln des Parlaments und der Information von Abgeordneten?
14. Abgeordneter  
**Collet**  
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bei der nächsten einschlägigen Sitzung der Bund-Länder-Kommission zur Koordinierung beitragen und darauf hinwirken, daß in Zukunft bei den Rundfunkdurchsagen über Geisterfahrer nach Beseitigung der Gefahr auch mitgeteilt wird, auf welche Weise der Falschfahrer auf die falsche Fahrbahn geraten ist, damit andere Autofahrer daraus lernen können?
15. Abgeordneter  
**Collet**  
(SPD)
- Welchen Anteil an der Gesamtzahl haben die Geisterfahrer, die die falsche Einfahrt benutzt haben bzw. diejenigen, die nach einer Baustelle übersehen haben, daß sie wieder auf die rechte Fahrspur zurück müssen, und wäre es in diesen Fällen möglich, die „Einfahrtverbotsschilder“ noch besser sichtbar zu machen?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

16. Abgeordneter  
**Hiller**  
**(Lübeck)**  
(SPD)
- Welche Erkenntnisse des Umweltbundesamtes hat Bundesminister Dr. Wallmann miteinbezogen, als er in seinem Brief vom 26. August 1986 (Zeichen U IV 1 - M 117 515-27) sein Einverständnis mit dem Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Schleswig-Holstein über die seitens der DDR übergebenen Ablagerungsbedingungen erklärt hat?
17. Abgeordneter  
**Hiller**  
**(Lübeck)**  
(SPD)
- Hat die Bundesregierung ein geologisches Gutachten der DDR angefordert und analysiert, und zu welchen Erkenntnissen ist die Bundesregierung hinsichtlich der Gefährdung des Lübecker Trinkwassers gekommen?
18. Abgeordneter  
**Stiegler**  
(SPD)
- Wie ist der Ausgleich der Schäden für Transportunternehmer, z. B. Schulmilchtransporteure, wegen der Auswirkungen des Reaktorunfalles in Tschernobyl geregelt worden, und sieht die Bundesregierung eine Notwendigkeit, die bisherige Ausgleichsregelung noch einmal zu öffnen und für Transportunternehmen zu verbessern?

19. Abgeordneter  
**Böhm**  
(Melsungen)  
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Pläne von Naturschutzverbänden, entlang der Zonengrenze eine „Naturschutzzone“ vom Fichtelgebirge (Bayerischer Wald) bis zur Ostsee zu entwickeln, um auf diese Weise eine „grüne Grenze“ von Süden nach Norden quer durch Deutschland zu schaffen?
20. Abgeordneter  
**Mann**  
(DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß Olympische Winterspiele im Raum Berchtesgaden aus ökologischen Gründen nicht verantwortet werden können?
21. Abgeordneter  
**Michels**  
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß zwischen dem Bundesverwaltungsamt in Köln und den einzelnen Bundesländern eine Vereinbarung folgenden Inhalts getroffen wurde: „Die Entschädigungsleistungen als Folge des Reaktorunfalls von Tschernobyl werden durch die jeweilige Landesregierung durchgeführt.“?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen**

22. Abgeordneter  
**Lowack**  
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Generalsekretär des ANC die grausame Ermordung von Schwarzen mit der sogenannten Halskrausenmethode, oft nach fürchterlichen Verstümmelungen des Opfers, billigt, und ist die Bundesregierung bereit, diese Methode unmenschlichen Terrors auf das Schärfste zu verurteilen und dies in geeigneter Form gegenüber dem ANC zum Ausdruck zu bringen?
23. Abgeordneter  
**Jäger**  
(Wangen)  
(CDU/CSU)
- Treffen nach den Erkenntnissen der Bundesregierung Meldungen zu, wonach der Generalsekretär der südafrikanischen Oppositionsgruppe African National Congress (ANC), Alfred Nzo, in einem Interview mit der Zeitung „Sunday Times“ in Lusaka die Ermordung von „Kollaborateuren mit dem Feind“ durch die sogenannte Halskrausenmethode gebilligt hat, bei der dem Opfer ein benzingeüllter Autoreifen um den Hals gelegt und angezündet wird, so daß ein überaus qualvoller Tod eintritt, und wie beurteilt die Bundesregierung gegebenenfalls die Billigung der Anwendung derartiger Terror-Methoden?
24. Abgeordneter  
**Dr. Hupka**  
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Praxis der polnischen Regierung, trotz eigener hoher Verschuldung in Höhe von 31 Milliarden Dollar aus ideologischen Gründen selbst Kredite, wie zum Beispiel an Vietnam, zu vergeben?

25. Abgeordneter  
**Dr. Hupka**  
(CDU/CSU)
- Welche Schritte hat die Bundesregierung nach der Erklärung des tschechoslowakischen Regierungssprechers, daß die tschechoslowakische Regierung keineswegs daran denke, von ihrer bisherigen Politik abzuweichen, auf illegale Grenzgänger in den Westen zu schießen, durch unsere diplomatische Vertretung in Prag unternommen, und droht nicht infolge dieser Ankündigung eine Wiederholung des tragischen Zwischenfalles vom 18. September 1986, der mit der Ermordung von Johann Dick an der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakei geendet hat?

### **Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz**

26. Abgeordnete  
**Frau**  
**Dr. Däubler-Gmelin**  
(SPD)
- Welche Gründe hindern die Bundesregierung noch an der Zeichnung der Konvention der Vereinten Nationen – Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (Drucksache 10/4943)?
27. Abgeordnete  
**Frau**  
**Dr. Däubler-Gmelin**  
(SPD)
- Treffen Meldungen aus Bayern zu, denen zufolge ein Vorbehalt zu Artikel 3 der Konvention eingelegt werden soll, und welchen Wortlaut hat der vorgesehene Vorbehalt?
28. Abgeordneter  
**Rusche**  
(DIE GRÜNEN)
- Sind der Bundesregierung englischsprachige Aufkleber, die den Mord an 6 Millionen Juden in deutschen Konzentrationslagern als größte jüdische Lüge und den Betrug des 20. Jahrhunderts bezeichnen und in verschiedenen bundesdeutschen Großstädten geklebt werden, bekannt, und was tut sie gegen diese Verunglimpfung?
29. Abgeordneter  
**Rusche**  
(DIE GRÜNEN)
- Besteht die Möglichkeit, zusammen mit US-Behörden gegen den Verlag „Liberty bell publications“, der diese Aufkleber verbreitet, um damit für sein antisemitisches Machwerk zu werben, juristisch vorzugehen, und wird dieses von der Bundesregierung beabsichtigt?
30. Abgeordneter  
**Ströbele**  
(DIE GRÜNEN)
- In wie vielen Fällen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung Paßversagungen gemäß § 7 Abs. 1 Buchstaben a und c Paßgesetz bzw. Paßentziehungen gemäß § 8 Paßgesetz in der Zeit der Geltung des Paßgesetzes in der Fassung vor der Neufassung vom 16. April 1986 vorgenommen und dem Bundeszentralregister gemeldet?
31. Abgeordneter  
**Ströbele**  
(DIE GRÜNEN)
- In wie vielen Fällen wurden aus den gleichen Gründen Personalausweise mit entsprechenden Vermerken versehen und dem Bundeszentralregister davon Mitteilung gemacht?

**Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen**

32. Abgeordneter  
**Jäger**  
(Wangen)  
(CDU/CSU)
- Wie ist die Entwicklung des Aufkommens an Kraftfahrzeugsteuer bei den Ländern und an Mineralölsteuer beim Bund in den ersten neun Monaten des Jahres 1986 gegenüber dem Aufkommen des gleichen Vorjahreszeitraums, und sieht die Bundesregierung danach Spielräume für die weitere Senkung der Mineralölsteuer bei bleifreiem Benzin bzw. für die Verlängerung des Begünstigungszeitraums für schadstoffarme Automobile bei der Kraftfahrzeugsteuer?
33. Abgeordneter  
**Dr. Klejdzinski**  
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die britischen Stationierungstreitkräfte das Betreten von militärischen Übungsplätzen, die gemäß NATO-Truppenstatut ihrem Besitzrecht unterliegen, durch beauftragte Personen des ehrenamtlichen Naturschutzes neuerdings äußerst restriktiv handhaben, obwohl früher das Betreten für alle Teile der Bevölkerung an übungsfreien Tagen grundsätzlich gestattet war?
34. Abgeordneter  
**Dr. Klejdzinski**  
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß amtlich ausgewiesene Personen des ehrenamtlichen Naturschutzes zur Ausübung und Fortsetzung von Pflegemaßnahmen ein grundsätzliches Zugangsrecht haben und dieses durch unnötige bürokratische Erschwernisse nicht behindert werden sollte, so daß es faktisch unmöglich ist, diese Aufgaben wahrzunehmen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft**

35. Abgeordneter  
**Dr. Schöfberger**  
(SPD)
- Gibt der Vorschlag des Bundesministers für Wirtschaft, die Gewerbesteuer abzuschaffen und den dadurch bedingten Steuerausfall durch Sparbarkeit in der Verwaltung und durch Subventionskürzungen in Höhe von jährlich 20 Milliarden DM auszugleichen, die Auffassung der Bundesregierung wieder, oder handelt es sich um eine Wahlkampfbotschaft des Bundesministers für Wirtschaft?
36. Abgeordneter  
**Dr. Schöfberger**  
(SPD)
- Welche Subventionen sollen nach Auffassung des Bundesministers für Wirtschaft gekürzt werden, und gehören dazu auch Sparprämien, Wohnungsbauprämien, Wohngeld und steuerliche Freibeträge wie Arbeitnehmer- und Weihnachtsfreibeträge?
37. Abgeordneter  
**Gansel**  
(SPD)
- Welche Genehmigung nach dem Kriegswaffenkontroll- bzw. Außenwirtschaftsgesetz hat die Bundesregierung in den vergangenen zwölf Monaten für Exporte von Kriegswaffen und Rüstungsgütern nach Saudi-Arabien oder anderen Ländern des Nahen Ostens erteilt?



38. Abgeordneter  
**Dr. Kübler**  
(SPD)                      Welches sind aus der Sicht der Bundesregierung die Hindernisse für eine stärkere Aktivität der EG-Kommission für eine europäische alternative Energiestrategie, und welche Anstrengungen wird die Bundesregierung auf diesem Energiesektor zukünftig unternehmen?
39. Abgeordneter  
**Dr. Kübler**  
(SPD)                      Sieht die Bundesregierung nach dem Unfall von Tschernobyl nicht sehr viel größeren Bedarf nach alternativer Energieforschung und für eine Gemeinschaftsstrategie „Weg von der Kernenergie“, als in dem EG-Kommissionsdokument (86) 12 enthalten ist, das vor dem Tschernobyl-Unfall konzipiert worden ist?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

40. Abgeordneter  
**von Hammerstein**  
(CDU/CSU)                      Kann 1987 eine Änderung dahin gehend erreicht werden, daß zusammengeführte Milchquoten (Betriebsquoten) nicht als Bestandsausweitung angesehen werden?
41. Abgeordneter  
**von Hammerstein**  
(CDU/CSU)                      Kann in kürzester Zeit eine Änderung dahin gehend erreicht werden, daß eine Abkoppelung der Milchmengen von der Fläche vorgenommen werden kann?
42. Abgeordneter  
**Immer**  
**(Altenkirchen)**  
(SPD)                      Inwieweit mißt die Bundesregierung der Mutterkuhhaltung eine positive Bedeutung bei, insbesondere auf Grund der Tatsache, daß die Reproduktion nicht gekoppelt ist mit einer Milcherzeugung, die auf den Überschußmarkt drängt, daß bei bestimmten Rassen überdies durch extensive Weidenutzung die Zeiten bis zur Erlangung der Schlachtreife vier bis sechs Monate länger anzusetzen sind als bei der intensiven Rinder- und Bullenmast und daß die erzielte Fleischqualität weit über Durchschnitt festgestellt werden muß, damit diese alternative Nutzung gerade in den Grünlandgebieten gefördert werden kann?
43. Abgeordneter  
**Immer**  
**(Altenkirchen)**  
(SPD)                      Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, im PLANAK (Planungsausschuß Agrarstruktur und Küstenschutz) eine Mehrheit dafür zu erreichen, daß in Zukunft im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ eine einheitliche und angemessene Förderung der Mutterkuhhaltung erreicht wird angesichts der Tatsache, daß die Förderung der Milchkuhhaltung – trotz des Überschußdilemmas – gegenüber der Förderung der Mutterkuhhaltung nach dem Verhältnis 15 : 1 geschieht, was auf Dauer nicht den Intentionen einer EG-Agrarreform entspricht?

44. Abgeordneter  
**Eigen**  
(CDU/CSU)
- Wie verträgt sich nach Meinung der Bundesregierung die Erhebung einer Abgabe beim Eierimport nach Dänemark mit den Grundsätzen des freien Warenverkehrs in der Europäischen Gemeinschaft, und was gedenkt die Bundesregierung gegen diese neuerliche Belastung von EG-Importen durch die dänische Regierung zu tun?
45. Abgeordneter  
**Eigen**  
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß der französische Landwirtschaftsminister Guillaume 75 Millionen Franc zur Verfügung stellen will, um den französischen Landwirten die Zahlung der Superabgabe bei Milch von der Hand zu halten, und was wird die Bundesregierung gegen diese ungeheuerliche Wettbewerbsverzerrung unternehmen?
46. Abgeordneter  
**Michels**  
(CDU/CSU)
- Was gedenkt die Bundesregierung angesichts der Tatsache zu tun, daß das Land Hessen für die Erfassung und den Vertrieb von Milch und Milchprodukten den Milchproduzenten 22 Stallhaltungstage auferlegt hat, 30 Landwirte aus dem Kreis Höxter ihre Kühe 22 Tage im Stall halten mußten, da sie die Milch an eine Molkerei in Hessen abliefern, das Land Nordrhein-Westfalen diese Landwirte aber nur für zwölf Tage entschädigt, weil Nordrhein-Westfalen nur zwölf Stallhaltungstage verfügt hatte?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung**

47. Abgeordneter  
**Reimann**  
(SPD)
- Wie stellt sich die Bundesregierung zu der Tatsache, daß Arbeitsämter – so geschehen in Ludwigshafen – Arbeitslose über 58 Jahre in einem persönlichen Anschreiben plus beigefügter Erklärung zur Unterschrift auf die Möglichkeit der Gewährung von Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe unter der erleichterten Voraussetzung des § 105 c Arbeitsförderungsgesetz (AFG) aufmerksam machen, ohne auf die möglicherweise damit verbundenen finanziellen Nachteile – Verzicht auf den Vermittlungsanspruch des Arbeitsamtes, Verzicht auf den Bezug von Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe bis zum 65. Lebensjahr, Verzicht auf das Anrechnen von Ausfallzeiten auf die Rente – hinzuweisen?
48. Abgeordneter  
**Reimann**  
(SPD)
- Wie hoch beziffert die Bundesregierung die Entlastung der Arbeitslosenstatistik durch diese Aktion der Arbeitsämter?
49. Abgeordneter  
**Kirschner**  
(SPD)
- Wie hoch war die im Sinne des Arbeitsförderungsgesetzes erhobene Zahl der beitragspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer und die Zahl der sonstigen Erwerbstätigen (Teilzeitarbeitnehmer

- unter 19 Stunden, geringfügig Beschäftigte unter der Sozialversicherungsgrenze, Selbständige, mithelfende Familienangehörige, Beamte und Soldaten) jeweils im September 1986?
50. Abgeordneter  
**Kirschner**  
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die 1985 im Jahresverlauf von amtlichen Stellen geschätzten monatlichen Erwerbstätigenzahlen sich nach Feststellung des Jahresdurchschnitts durch das Statistische Bundesamt als stark überhöht erwiesen haben, und leitet sie daraus nicht eine bedingte Verwendbarkeit dieser monatlichen Erwerbstätigenzahlen ab?
51. Abgeordneter  
**Dr. Enders**  
(SPD)
- Sind der Bundesregierung die Anliegen der Gehörlosen bekannt, die für ihre teuren elektrischen Signalgeräte eine Senkung des Mehrwertsteuersatzes und für das Schreibtelefon mehr freie Gesprächseinheiten erwarten, und ist sie bereit, diesen berechtigten Wünschen behinderter Menschen zu entsprechen?
52. Abgeordneter  
**Huonker**  
(SPD)
- Welche Gründe sprechen nach Auffassung der Bundesregierung dafür bzw. dagegen, Aufwendungen, die nach dem Wohnungsbau-Prämien-gesetz angelegt werden, entsprechend der Ziffer 5 der Stellungnahme des Bundesrates vom 26. September 1986 zum Entwurf eines Zweiten Vermögensbeteiligungsgesetzes (BR-Drucksache 370/86 Beschluß) in den Förderrahmen von 936 DM einzubeziehen?
53. Abgeordneter  
**Huonker**  
(SPD)
- Gibt es Überlegungen innerhalb der Bundesregierung, daß Bausparbeiträge zu einem nach der etwaigen Verabschiedung des Zweiten Vermögensbeteiligungsgesetzes liegenden Zeitpunkt in den Förderrahmen von 936 DM einbezogen werden sollen, und wenn ja, welches sind die Gründe dafür, daß dies nicht im Rahmen des Zweiten Vermögensbeteiligungsgesetzes geschieht?
54. Abgeordneter  
**Hinsken**  
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie sich die Mitgliederzahlen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, insbesondere auch im Zusammenhang mit dem § 116 Arbeitsförderungsgesetz (AFG) und den Ereignissen um die Neue Heimat, entwickelt haben?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung**

55. Abgeordneter  
**Schreiner**  
(SPD)
- Welche Anteile an militärischen Tiefflügen über der Bundesrepublik Deutschland im allgemeinen und dem Saarland im besonderen entfallen auf die deutsche Luftwaffe und auf die alliierten Luftstreitkräfte, und in welchem Maße wurde seit der Anhörung im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages vom 23. Juni 1986 die Anzahl der militärischen Tiefflüge über dem Saarland reduziert?

56. Abgeordneter  
**Schreiner**  
(SPD)
- Wie hoch ist die Summe alliierter Tiefflugstunden in der Bundesrepublik Deutschland und entsprechender Flüge der Bundesluftwaffe im Ausland, und trifft es zu, daß in den zur NATO gehörenden Niederlanden eine Mindestflughöhe von 300 Metern eingehalten werden muß?
57. Abgeordneter  
**Kastning**  
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die bei der Durchführung des Personalstrukturgesetzes für die Streitkräfte aus der hohen Bewerberzahl zur frühzeitigen Pensionierung entstandenen Auswahlprobleme, wie z. B. die, daß eine Anzahl von Offizieren zur Ruhe gesetzt worden ist, während andere mit gleichen Voraussetzungen im Sinne des Gesetzes abgelehnt wurden, oder daß offenbar auch Offiziere pensioniert wurden, die nie in einem dienstlichen Stau gesteckt haben oder zum Teil schon jahrelang aus der Truppe herausgelöst waren?
58. Abgeordneter  
**Kastning**  
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die ungleiche Behandlung von Antragstellern zur Frühpensionierung mit gleichen Voraussetzungen zu beseitigen?
59. Abgeordneter  
**Gansel**  
(SPD)
- Wann beabsichtigt die Bundesregierung, die von allen Parteien im Deutschen Bundestag geforderten Maßnahmen zu einer spürbaren Reduzierung der Dienstzeitbelastung der Soldaten und zur Einführung der Individuallösung beim Spitzendienstzeitausgleich zu realisieren?
60. Abgeordneter  
**Lange**  
(DIE GRÜNEN)
- Trifft es zu, daß der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung, Würzbach, an der Eröffnung der Rüstungsexportausstellung „Defendory '86“ in Piräus (Griechenland) am 14. Oktober 1986 teilnehmen wird?
61. Abgeordneter  
**Lange**  
(DIE GRÜNEN)
- Welchem Ziel dient die regierungsamtliche Teilnahme an dieser Ausstellung?
62. Abgeordneter  
**Dr. Schierholz**  
(DIE GRÜNEN)
- Wann gedenkt die Bundesregierung, die 72 Pershing Ia-Atomraketen (Reichweite ca. 900 Kilometer) der beiden Flugkörpergeschwader der Bundeswehr in Landsberg und Geilenkirchen außer Dienst zu stellen, und – gegebenenfalls wann — hat die Bundesregierung die Absicht, gemäß der Weisung des Bundeskanzlers vom 4. Oktober 1983 die Bundeswehr mit Atomraketen mittlerer Reichweite des Typs Pershing Ib auszurüsten?

63. Abgeordneter  
**Dr. Schierholz**  
(DIE GRÜNEN)

Welche weiteren atomaren Trägerwaffen beabsichtigt die Bundesregierung in den nächsten 15 Jahren für die Bundeswehr zu beschaffen, und welche Entwicklungsarbeiten sind bisher dafür geleistet worden?

Bonn, den 10. Oktober 1986





